



Tagesordnung I Punkt 6.1 der öffentlichen Sitzung am 23. Mai 2019

Antrags-Nr. 19-F-01-0007

Wiesbaden erklärt den Klimanotstand - Antrag der SPD-Fraktion vom 14.05.2019 -

Bei der Begrenzung der Klimaerwärmung geht es um nicht weniger, als eine existenzielle Frage. Die Auswirkungen des Klimawandels werden unumkehrbar und nachhaltig die Grundlagen menschlichen Lebens verändern. Bereits heute gehen viele Akteure davon aus, dass die Entwicklung kaum noch aufzuhalten sein wird.

In der öffentlichen Debatte in Deutschland herrscht nach wie vor der irrige Glaube vor, dass Deutschland in nur geringen Maße zur weltweiten Treibhausproblematik beitrage. Das Gegenteil ist der Fall: Auch in diesem Land werden deutlich mehr Treibhausgase emittiert, als auf natürlichem Wege kompensiert werden können.

Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnis haben zahlreiche Städte und inzwischen sogar Länder den sogenannten Klimanotstand ausgerufen.

Zuallererst mag diese rechtlich nicht gefasste Kategorie vor allem dazu dienen, ein weiteres Mal auf die Notwendigkeit hinzuweisen, unsere Lebensweise zu hinterfragen und die Freisetzung klimawirksamer Treibhausgase zu reduzieren. Zahlreiche Maßnahmen, etwa die Berechnung der Klimabilanz einzelner Projekte oder Veranstaltungen vermag hier den politischen Fokus auf diese brisante Thema richten, einen wirklichen entscheidenden Beitrag werden diese eher symbolhaften Aktionen jedoch nicht zu leisten in der Lage sein.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden sollte nicht darauf setzen, den Bürgerinnen und Bürgern im Detailgrad Vorgaben für ihre Lebensführung zu machen, solange sie die selbstgesteckten Ziele nicht erreicht und ihre zentralen Aufgaben nicht erfüllt. Hier gibt es Nachholbedarf.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle daher beschließen

1. Die in Ihrer Dimension unabsehbaren Folgen des Klimawandels stellen eine Gefahr für die grundlegenden Lebensgrundlagen der Menschheit dar. Die Erhaltung des Klimas ist damit eine existenzielle Frage, zu deren Beantwortung auch die Landeshauptstadt Wiesbaden verstärkt beitragen muss.
2. Es wurden auch in Wiesbaden zahlreiche und weitreichende Anstrengungen unternommen, die auch durch unsere Stadt ausgehende Überlastung der ökologischen Leistungsfähigkeit unserer Umwelt zurückzunehmen. Die bisherigen Anstrengungen der Landeshauptstadt haben aber nicht ausgereicht, um das selbstgesteckte Ziel zum Klimaschutz zu erreichen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung hält es für erforderlich, ein klares politisches Signal zur stärkeren Berücksichtigung der Aspekte des Klimaschutzes zu setzen.
4. Die Landeshauptstadt Wiesbaden ruft dementsprechend den Klimanotstand aus.
5. Der Magistrat wird aufgefordert,
zentrale Projekte zu identifizieren, die einen wesentlichen Grad zur Verringerung des Ausstoßes an klimaschädlichen Treibhausgasen leisten können und diese unter Hochdruck voranzutreiben.

Er soll hierbei vor allem solche Vorhaben mit Vorrang prüfen, die gerade nicht nur auf individuelle Verhaltensänderungen der Bürgerinnen und Bürger abzielen und vertrauen,

sondern auch einen systematischen Beitrag mit der Landeshauptstadt als Akteur selbst leisten können. Allen voran sollen hier Maßnahmen vorangetrieben werden, welche die Dekarbonisierung unserer Lebensweise befördern.

Einzelne Maßnahmen sollen etwa sein

- die weitergehende Umstellung der Energieerzeugung auf Sekundärenergien (etwa durch eine veränderte Politik bei der Entsorgung von Biomüll im Rahmen der in naher Zukunft anstehenden Neuausrichtung der Entsorgungsverträge,
 - den massiven Ausbau der Fernwärmeversorgung, insbesondere im Rahmen von Fernwärme-Anschlussatzungen für neu auszuweisende Bauvorhaben von über 100 Wohneinheiten,
 - die Weiterführung der energetischen Sanierung und die stärkere Gewichtung der Aspekte des Klimaschutz in der Interessenabwägung verschiedener städtebaulicher Entwicklungsziele,
 - die Errichtung des städtebaulichen Entwicklungsvorhabens Ostfeld/Kalkofen als Modellvorhaben im Rahmen einer modernen und klimagerechten Bauweise. Hierzu soll die Errichtung sich an den zentralen Leitmotiven der Energieautarkie des neuen Stadtteils sowie der CO²-Neutralität orientieren,
 - die konsequente qualitative Weiterentwicklung der städtischen Verkehrsinfrastruktur, die den Bürgern ermöglichen soll, dem Umstieg von auf der Verbrennung fossiler Energieträger basierenden Fahrzeugen auf solche, welche in der Lage sind, ihren Energieaufwand durch regenerative Energien zu bestreiten, zu vollziehen,
 - bei Baumaßnahmen im Straßenraum frühzeitig Vorkehrungen zu treffen, um eine infrastrukturellen Umstieg auf dezentrale Ladesysteme für Fahrzeuge zu ermöglichen, sowie
 - ESWE-Versorgung strategisch noch stärker auf das Ziel auszurichten, Wohnen, Wirtschaft und Verkehr mit klimafreundlicher Energie zu versorgen. Hierzu wolle die Stadt auf ein deutlich verstärktes Engagement in der Erzeugung photovoltaischer Energie und deren Speicherung sowie Komponenten der Wärmespeichertechnik hinwirken.
6. Die Aufzählung der Wertvorstellungen im Beteiligungskodex der Stadt Wiesbaden wird in Abschnitt 1.2. Seite I.4. wie folgt ergänzt:
„den Zielen der Nachhaltigkeit und eines sorgsamem Umgangs mit den natürlichen Ressourcen *und dem Klimaschutz*“

Beschluss Nr. 0212

Der Antrag der SPD vom 14.05.2019 betr.

Wiesbaden erklärt den Klimanotstand

wird aus Zeitgründen zur Beratung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 27.06.2019 vorgesehen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .05.2019

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .05.2019

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister